RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur: 287
FRANZ XAVER FRIEDRICH
Wien. am 26. Oktober 1936.

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wien für das Jahr 1935.

Der Bürgermeister der Stadt Wien hat dem Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft die Jahresrechnung der städtischen Hoheitsverwaltung und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für 1935 nach eingehender Ueberprüfung durch das Kontrollamt und den Rechnungshof zur Vorberatung übermittelt.

Der Rechnungsabschluss der Hoheitsverwaltung weist Gesamtausgaben von 351,779.095'48 Schilling und Gesamteinnahmen von 352,035.771'43 Schilling aus. Er schliesst demnach mit einem Ueberschuss von 256.675'95 Schilling, das ist um 17,452.975'95 Schilling günstiger als die Annahme des Voranschlages. Bei diesem erfreulichen Ergebnis darf allerdings nicht übersehen werden, dass unter den Einnahmen auch ein Beitrag des Bundes zum Aufwand des ausserordentlichen Investitionsprogrammes der Stadt Wien in der Höhe von 3'7 Millionen Schilling sowie die Erlöse der mit Beschluss der Wiener Bürgerschaft vom 6. Juni 1934 beziehungsweise vom 1. März 1935 genehmigten Schatzscheinkredite in der Höhe von 32,140.128'72 Schilling enthalten sind.

Die kurzfristige Verschuldung der Stadt ist hiedurch von 40'5 Millionen Schilling Ende 1934 auf 66'5 Millionen Schilling per 31. Dezember 1935 gestiegen. Hingegen muss bemerkt werden, dass von der Erwächtigung zur Inanspruchnahme von Hypothekarkrediten in diesem Jahre noch kein Gebrauch gemacht wurde.

Der Rechnungsabschluss bringt in den ersten 6 Hauptstücken eine umfassende Uebersicht über die laufende Gebarung der Hoheitsverwaltung und ihrer Betriebe. Im VII. Hauptstück sind die im Zuge der Fortführung des ausserordentlichen Investitionsprogrammes 1934/35 zur Gebühr erwachsenen Auslagen sowie die vorhin erwähnten Einnahmen an Bundesbeitrag und Schatzscheinkrediten verzeichnet.

Im Einzelnen ist hervorzuheben:

Der gesamte Personalaufwand stellt sich nach dem Rechnungsabschluss auf 144,280.936'24 Schilling und hält sich fast genau im Rahmen der mit 144,393.010 Schilling erstellten Voranschlagsziffer. Auf die Aktivitätsbezüge entfielen nach Abzug der Pensionsbeiträge 95,950.451'81 Schilling (gegen 139,787.176'81 Schilling im Jahre 1930), auf die Pensionen 44,969.690'93 Schilling (gegen 50,687.187'71 Schilling im Jahre 1930). Im Gesamtdurchschnitt ergibt sich hieraus ein Bezug von 4.100 Schilling pro Kopf und Jahr, was gegenüber 1930 eine Kürzung um 24'5 Prozent bedeutet. Die Zahl der aktiven Angestellten ist im Berichtsjahre von 21.051 auf 21.075, jene der Pensionsparteien von 12.753 auf 13.354 gestiegen. Den zahlreichen Pensionierungen stehen sonach entsprechende Neuaufnahmen gegenüber, von denen auf Aspiranten und Hilfslehrer allein 339 entfallen.

Die Bezüge im Schulwesen allein beliefen sich auf 52,140.138'70 Schilling, das sind 36'1 Prozent des gesamten Personalaufwandes, die Sacherfordernisse für die Schulen (Beheizung, Beleuchtung, Reinigung, Schulmöbel, Lehr-und Lernmittel und so weiter) betrugen 2,577.608'98 Schilling. Hiezu kommen 1,578.490 Schilling als gesetzlicher Beitrag der Stadt zum Aufwand des Fortbildungsschulfonds, die Kosten für die bauliche Erhaltung und Ausgestaltung der Schulen im Betrage von 4,220.790'02 Schilling, die Auslagen für die Schulspeisung mit 995.352'24 Schilling und anderes mehr, so dass sich der Gesamtaufwand für das Schulwesen auf 63,096.211'48 Schilling belief.

Im allgemeinen Teil der Hoheitsverwaltung sind noch erwähnenswert die nicht veranschlagt gewesenen Ausgaben für die Anlegung des Einwohner-

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
II.Blatt
Wien, am

verzeichnisses (71.533'60 Schilling ohne allgemeinen Personal-und Sach - aufwand), die neu eingeführten Ehrengaben an Hausgehilfen (44.210'41 Schilling) und das ebenfalls nicht präliminierte Reinerträgnis des Balles der Stadt Wien (73.770 Schilling),das zur Gänze wohltätigen Zwecken zufloss.

Das Finanzamt rechnete im Voranschlag einschliesslich Müllabfuhr-,Wasser-und Kanalisationsgebühren mit einem Nettoerträgnis von 201,774.530 Schilling.Der tatsächliche Erfolg war 222,696.386'72 Schilling, also um fast 21 Millionen Schilling günstiger.Zum besseren Erfolge haben die Ertragsanteile an den mit dem Bunde gemeinschaftlichen Abgaben rund 5 Millionen Schilling, die städtischen Abgaben 8 Millionen Schilling, die Zuschläge zu den Bundesgebühren 2 Millionen Schilling und die oben genannten städtischen Gebühren 1 Million Schilling beigetragen.Hiezu kommt eine Minderausgabe von 4'5 Millionen Schilling, um die das Nettoerfordernis des Anlehens-und Schuldendienstes hinter der Annahme zurückblieb.Die anlässlich der Erstellung des Voranschlages ausgesprochene Erwartung einer Besserung der Wirtschaftslage hat sich sonach im Berichtsjahr soweit erfüllt, dass die Gebarung ohne Drosselungen auf der Ausgabenseite ausgeglichen abschliessen konnte.

Das Wohlfahrtsamt verzeichnet einschliesslich des allgemeinen Personal-und Sachaufwandes und einschliesslich der in anderen Gruppen verrechneten. Gebarungen mit Wohlfahrtscharakter Ausgaben von 107,273.751'43 Schilling,denen an Einnahmen 12,930.635'15 Schilling gegenüberstehen.Der Nettoaufwand betrug daher 94,343.116'28 Schilling und entspricht fast genau dem Voranschlag,der mit einer Nettoausgabe von 94,420.930 Schilling rechnete.

Unter Einschluss der im Rahmen des Investitionsprogrammes erfolgten Herstellungen in den Wohlfahrtsanstalten und dergleichen erhöht sich obige Ausgabeziffer von 107,273.751'43 Schilling auf 108,366.858'59 Schilling und beansprucht damit 30'8 Prozent aller Ausgaben.Im Besonderen ist die Post Erhaltungsbeiträge hervorzuheben,die sich auf rund 16,275.000 Schilling stellt und damit gegen 1931 eine Steigerung um fast 2 Millionen Schilling erfahren hat. Die Pflegegelder und Pflegebeiträge für Kinder sind im gleichen Zeitraum von 6,450.000 Schilling auf 7,850.000 Schilling gestiegen.Die Bedeutung dieser Steigerungen mag an der Feststellung ermessen werden, dass die reinen Finanzeinnahmen des Jahres 1931 noch 277 Millionen Schilling - gegen 171 Millionen Schilling im Jahre 1935- betragen haben.Bezüglich der Anstaltspflege ist hervorzuheben,dass die Einnahmen, die im Jahre 1931 noch 10,007.160 Schilling ergaben, im Berichtsjahre auf 5,888.920 Schilling gesunken sind. Es ist gelungen, diesen scharfen Rückgang durch Verminderung der Personalkosten der geschlossenen Wohlfahrtspflege (16,360.710 Schilling gegen 21,380.090 Schilling im Jahre 1931) einzuholen und darüber hinaus die Sachaufwendungen für die städtischen Anstalten und die Kosten für die Unterbringung in fremden Anstalten zu steigern (26,007.070 Schilling gegen 24,462.580 Schilling im Jahre 1931). Trotzdem wurden auf einzelnen Teilgebieten des Wohlfahrtswesens weitere Ausgestaltungen vorgenommen.In dieser Beziehung sei verwiesen auf die höheren Aufwendungen, die für die Anschaffung von Arzneien,Bandagen, Prothesen und Optikerwaren für arme Kranke gemacht wurden und den Voranschlagsansatz von 750.000 Schilling um 300.000 Schilling überschreiten, auf die Ausgestaltung und Modernisierung des Krankenwagenparkes,wofür im Rahmen des Investitionsprogrammes rund 70.000 Schilling verausgabt wurden, auf die seit langem fällige Erwerbung von Grundflächen für die Erweiterung der Friedhöfe und anderes mehr.

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
III.Blatt
Wien, am.....

In der Verwaltung der städtischen Wohnhäuser wirkte sich die im Jahre 1934 vorgenommene Angleichung der in den neuen Wohnhausanlagen zu zahlenden Mieten an die gesetzlichen Zinse in den städtischen Althäusern erstmalig in vollem Umfange aus. Der Ueberschuss dieser Rubrik beträgt 3,791.508'64 Schilling.Da die städtischen Wohnhäuser ohne Grundwerte mit rund 800 Millionen Schilling zu Buch stehen und die Grundwerte zuzüglich der Aufschliessungskosten mit rund 200 Millionen Schilling angesetzt werden können, erreicht der Ertrag des städtischen Hausbesitzes, auch wenn man die 6,147.046'61 Schilling Wertabschreibungen zuzählt,selbst jetzt bloss die bescheidene Höhe von nur 1 Prozent.Die Anzahl der städtischen Wohnungen beträgt heute,nach Abschluss der Wohnhausbauprogramme 65.550, jene der Geschäftslokale 3.485. Hiezu kommen noch 216 Wohnungen des Familienasyles St.Brigitta,des ersten Baues,der im Zuge der Aktion Erbauung von Familienasylen bereits fertiggestellt wurde. Für diese Aktion wurden im Berichtsjahre einschliesslich des Investitionsprogrammes insgesamt 1,979.030'26 Schilling verausgabt.

Dem im Jahre 1934 im Rahmen des Sofortprogrammes errichteten Assanierungsfonds wurde als erste Rate aus städtischen Mitteln der Betrag von 6,008.435 Schilling zugeführt.Davon entfallen 5,986.220 Schilling auf niedrig verzinsliche Darlehen an private Bauherren,während mit dem Rest verschiedene bauliche Herstellungen unmittelbar bestritten wurden.Da das Assanierungsdarlehen nur als Ergänzung des erforderlichen Baukapitales in der Höhe von mindestens 40 Prozent der Bausumme gegeben wurde,brachte diese Aktion im Berichtsjahre allein ein Baukapital von fast 14 Millionen Schilling in Bewegung.

Der ebenfalls im Jahre 1934 gegründete Hausreparaturfonds, der im Jahre 1934 bereits mit 1'3 Millionen Schilling dotiert worden war, e erhielt weitere 2,622.000 Schilling.Die Zuwendungen erfolgten im Ausmasse von 20 Prozent des Kostenerfordernisses, so dass die Tätigkeit dieses Fonds im Berichtsjahr zuzüglich der Bundeszuschüsse dem Baugewerbe eine Beschäftigung im Betrage von rund 20 Millionen Schilling verschaffte.

Auch die vom Bundes-Wohn-und Siedlungsfonds ins Leben gerufene Stadtrandsiedlungsaktion wurde im Berichtsjahre fortgesetzt; die Stadt Wien hat hiezu ausser den erforderlichen Grundflächen diesmal aus eigenen Mitteln den Betrag von 1/4 Million Schilling beigesteuert.

Die technischen Betriebe (Strassenpflege- und Kraftwagenbetrieb, Wasserversorgung, Kanalisation und Bäder) haben insgesamt Ausgaben von 33,061.596'64 Schilling zu verzeichnen.Vom Erfordernis entfielen 14,384.663'15 Schilling auf das Personal, 11,992.526'27 Schilling auf Betriebserfordernisse,allgemeine Unkosten und laufende Erhaltung,6,457.550'12 Schilling auf Wertabschreibungen und 226.857'10 Schilling auf ausserordentliche Ausgaben.

In Fortsetzung der im Jahre 1934 begonnenen Vorhaben des Investitionsprogrammes haben die technischen Betriebe im Berichtsjahre namhafte Beträge erfordert. So wurden für den Bau des neuen Wasserbehälters im Tiergarten, für den Ausbau des Versorgungsgebietes des Behälters Laaerberg, für Grundkäufe im Quellengebiet und Quellenschutzgebiet und anderes mehr 5,290.091'89 Schilling und für Anschaffungen des Strassenpflege-und Kraftwagenbetriebes einschliesslich der bereits erwähnten Modernisierung des Sanitätsfahrparkes 1,268.597'70 Schilling aufgewendet.Neue Posten des Investitionsprogrammes bilden die verstärkte Auswechslung überalterter

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
IV. Blatt
Wien, am

Ziegelkanäle und die erste Baurate für den Entlastungskanal Brünner Strasse, wofür insgesamt 1,676.752'91 Schilling verausgabt wurden, sowie die Aktion zur Verbesserung der Kehrichtsabfuhr, die als erste Rate für die Erweiterung des Schuttableerplatzes am Bruckhaufen den Betrag von 1,127.924'3o Schilling erforderte.

Die technischen Betriebe hatten sonach einen Gesamtaufwand von 42,424.963'44 Schilling zu verzeichnen, denen auf der Einnahmenseite die bereits erwähnten Gebühren für Müllabfuhr, Wasser und Kanalisation, sowie die Bäderbesuchsgebühren und anderes im Gesamtbetrage von 33,7o5.671'9o Schilling gegenüberstehen.

Für die Strassen, Gärten und Brücken wurden an Stelle der veranschlagten 11,157.38o Schilling insgesamt 1o,465.394'o9 Schilling verausgabt. Die Ausgaben des Investitionsprogrammes auf diesem Gebiete betreffen die Höhenstrasse, die Autoeinfahrtstrasse im Zuge des Wientales, die neuzeitliche Ausgestaltung wichtiger Strassenzüge, den Neubau der Rotunden- und der Schlachthausbrücke und anderes mehr; sie beziffern sich mit 15,149.98o'72 Schilling.

Von den übrigen Ausgaben des Bauamtes verdienen noch Erwähnung die Kosten für die Erhaltung der Amts- und Schulhäuser im Betrage von 9oo.839'16 Schilling, denen 237.886'51 Schilling für die Fertigstellung der neuen Schule 13., Veitingergasse, und die namhaften Aufwendungen des Investitionsprogrammes für die Aufhölung rückständiger Verhältnisse in städtischen Objekten (4,977.165'85 Schilling), für die Auswechslung veralteter Heizanlagen in Schulen (1,167.o63'14 Schilling), für die Erweiterung der Feuerwehrzentrale (391.174'6o Schilling) und anderes mehr zuzurechnen sind, Der Ansatz für die Neuherstellung von Anlagen für Verkehrsregelung und Verkehrsschutz wurde infolge Errichtung zahlreicher Verkehrsampeln um 5o.ooo Schilling überschritten.

Abgesehen vom gesamten Personalaufwand, von dem Anteil am allgemeinen Sachaufwand, den Wertabschreibungen und dergleichen beliefen sich die Ausgaben des Bauamtes auf rund 19 Millionen Schilling. Rechnet man die an anderen Stellen verzeichneten Ausgaben für die Erhaltung und Erweiterung von Baulichkeiten und technischen Anlagen (Wohlfahrtsanstalten, Friedhöfe, Wohnhäuser, Märkte und so weiter) im Gesamtbetrage von rund 7 Millionen Schilling sowie das Erfordernis des Investitionsprogrammes per rund 41 Millionen Schilling hinzu, dann ergibt sich als sachlicher Ressortaufwand des Bauamtes ein Betrag von rund 67 Millionen Schilling, das ist fast ein Fünftel des Gesamtaufwandes.

Die Gebarung der Märkte und Schlachthöfe ist mit 7,935.161'72 Schilling Ausgaben und 7,893.8o4'12 Schilling Einnahmen fast ausgeglichen. Hiezu ist allerdings zu bemerken, dass die Fleischversorgungsanlagen des Betriebes, die nach den Grundsätzen der Goldbilanz bewertet wurden, bloss zu dem unzureichenden Satze von 3/4 Prozent verzinst wurden.

Die städtischen Lagerhäuser konnten ihr Erfordernis im Betrage von 2,389.556'87 Schilling in eigenen Einnahmen vollauf decken, ein Beweis, dass die schon im Jahre 1934 verzeichnete günstige Entwicklung keine Unterbrechung erfahren hat.

Die zentralen Beschaffungsstellen der Stadt haben für Brennstoffe, Kanzleierfordernisse, Lebensmittel und anderes 9,269.929'11 Schilling und für Baumaterialien 3,o43.471'37 Schilling verausgabt.

Insgesamt hat die Stadtverwaltung - von den städtischen Unternehmungen abgesehen - im abgelaufenen Jahr der Wirtschaft unmittelbar mit Vergebungen und Bestellungen einen Betrag von mehr als 75 Millionen Schilling

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
V.Blatt Wien, am

zugeführt.

Die städtischen Unternehmungen.

Aus den Jahresberichten der städtischen Unternehmungen, die wie üblich gesondert von der Hoheitsverwaltung bilanzieren, sind folgende Daten zu entnehmen:

Die Gaswerke schliessen nach Durchführung entsprechender Abschreibungen, Zuweisungen, Rücklagen und einer weiteren Teiltilgung des durch die Anwendung des Investitionen-Begünstigungsgesetzes in früheren Jahren entstandeenen Verlustvortrages, mit einem Gebarungs-Ueberschuss von 11,057.334'92 Schilling ab. Sie haben im Berichtsjahre 256,873.257 Kubikmeter Gas, das ist um 0'27 von Hundert mehr als im Vorjahre an Kunden abgegeben. Der Gasbedarf für hauswirtschaftliche Zwecke blieb gegenüber dem des Vorjahres noch um 1 von Hundert zurück, dagegen erfuhr der Gasabsatz für industrielle und gewerbliche Zwecke eine Steigerung um 1'8 von Hundert, der Verbrauch für Raumheizung um 6'7 von Hundert.

Die Zahl der angeschlossenen Gasmesser erhöhte sich um 3732 auf 526.472.

Infolge des gegenüber dem Vorjahre stärkeren Koksabsatzes erfuhren die aus dem Jahre 1934 übernommenen Lagermengen eine Verminderung. Die Preise, die für Koks, Benzolkohlenwasserstoffe und Ammoniak erzielt wurden, lagen, durch die Marktlage bedingt, unter den vorjährigen Erlösen.

Durch die im Oktober 1934 gegründete Gasgemeinschaft wurde in erheblichem Umfange zusätzliche Arbeit geschaffen. Der von den Gaswerken finanzierte Umsatz der Gasgemeinschaft betrug rund 824.000 Schilling.

Auch die Bilanz der Elektrizitätswerke schliesst aktiv ab; sie weist nach entsprechenden Abschreibungen und Rücklagen einen Ueberschuss von 10,139.349'53 Schilling aus.

Die verkaufte Strommenge des Unternehmens, die in den Jahren 1930 bis 1934 stetig gesunken war, hat sich im Jahre 1935 um 4'25 von Hundert auf 348,768.757 Kilowattstunden erhöht. Die Zunahme erstreckte sich auf alle Absatzzweige, verhältnismässig am kleinsten war sie beim Lichtstrom, eine Erscheinung, die auch andere grosse Elektrizitätswerke zu verzeichnen haben. Die Zahl der angeschlossenen Stromzähler stieg um 11.698 (im Vorjahre 3.861) auf 683.952.

Der Strombedarf wurde zu 68'8 von Hundert durch Wasserkraftstrom, zu 30'7 von Hundert durch mit inländischer Kohle und zu 0'5 von Hundert durch mit Erdgas erzeugten Strom gedeckt.

Die Strassenbahnen schliessen mit einem Gebarungsabgang von 4'7 Millionen Schilling, wobei in Anbetracht der ungünstigen finanziellen Lage des Unternehmens vom Investitionenbegünstigungsgesetz kein Gebrauch gemacht wurde. Im Jahre 1934 hatte der Abgang trotz der Vornahme von begünstigten Abschreibungen im Betrage von 0'6 Millionen Schilling nur 3'5 Millionen Schilling betragen, so dass das Gebarungsergebnis des Berichtsjahres um rund 1'8 Millionen Schilling ungünstiger ist als jenes des Jahres 1934. Die Ursache hiefür ist darin gelegen, dass der noch immer andauernde Einnahmenrückgang durch verschiedene Sparmassnahmen nur teilweise wettgemacht werden konnte.

Die Zahl der Beförderungsfälle im Strassenbahn- und Stadtbahnbetriebe hat um 6'3 Prozent zugenommen und ist auf 479'2 Millionen Schilling angestiegen. Im Jahre 1934 betrug sie nur 450'8 Millionen. Diese Steigerung der Frequenz ist darauf zurückzuführen, dass am 15. April 1935 der Kleinzonentarif (Zehngroschentarif) auf allen Strassenbahnlinien des Tarifgebietes I

RATHAUSKORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH
VI. Blatt
Wien. am.....

eingeführt wurde. Die Nutzwagenkilometerleistung hat gegenüber dem Vorjahre keine nennenswerte Aenderung erfahren.

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung im Strassenbahn- und Stadtbahnbetriebe haben 100'3 Millionen Schilling betragen; sie sind somit um rund 2'5 Prozent niedriger als im Vorjahre, in dem sie 102'9 Millionen Schilling erreicht haben. Dass die Einnahmen trotz der oben ausgewiesenen 6'3 prozentigen Frequenzerhöhung einen weiteren empfindlichen Rückgang aufweisen, ist darin begründet, dass der Durchschnittsfahrpreis, der im Jahre 1934 noch 22'82 g betrug, im Berichtsjahre infolge vermehrter Ausnützung der billigeren und billigsten Fahrpreise - insbesondere des Zehngroschentarifes - auf 20'91 g gesunken ist.

Im Autobusbetrieb ist die Zahl der beförderten Fahrgäste im Berichtsjahre um 5'1 Prozent und die Einnahme aus der Personenbeförderung um 4'9 Prozent zurückgegangen. Die am 17. Oktober 1935 erfolgte Inbetriebsetzung der Autobuslinie auf den Kahlenberg konnte das Gebarungsergebnis des Berichtsjahres nicht mehr wesentlich beeinflussen.

Das Brauhaus der Stadt Wien erzielte einen Gebarungsüberschuss von 387.272 Schilling gegenüber 201.349 Schilling im Vorjahr.

Der Gebarungsüberschuss der städtischen Leichenbestattung beträgt rund 158.000 Schilling. Die Zahl der Geschäftsfälle ist etwas gestiegen, was mit der Steigerung der Sterblichkeit im Berichtsjahre gegenüber dem Jahre 1934 zusammenhängt.

Die Sterblichkeit war im Berichtsjahre um 7'3 Prozent grösser als im Jahre 1934.

Die Einnahmen der städtischen Leichenbestattung haben sich im Jahre 1935 um 16'7 Prozent, die Ausgaben um 17'4 Prozent erhöht.

Die Zahl der kostenlos durchgeführten Leichenbegängnisse betrug im Berichtsjahre 14'7 Prozent aller von der städtischen Leichenbestattung allein durchgeführten Bestattungen gegen 15'8 Prozent im Jahre 1934 und 14'5 Prozent im Jahre 1933.

Die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse brachte auch der Ankündigungsunternehmung eine Umsatzsteigerung. Ihre Bilanz weist einen Gebarungsüberschuss von rund 82.000 Schilling aus.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-